

Ursula Männle (Hg.)

Die 68er – konservativ

Reform statt Umsturz

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



Originalausgabe

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Christian Langohr, Freiburg
Bildnachweis: © Kurt Faltlhauser

Dokumente: S. 147–152, auszugsweiser Abdruck (S. 63–67)
aus der Jahreschronik 1964/1965, Universitätsarchiv München;
S. 153–156, IfZ Arch APO-Archiv/ Heinz Koderer ED 750/35;
S. 157–160, IfZ Arch R. Hilferink ED 734/4/486
Satz: SatzWeise, Bad Wünnenberg
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-451-38497-4

Inhalt

<i>Ursula Männle</i> Vorwort	7
<i>Kurt Falthäuser</i> 1968: Was war und was bleibt	9
<i>Peter Gauweiler</i> „Wir waren für die das Allerletzte“ Peter Gauweiler im Gespräch mit Timo Frasch	27
<i>Ursula Männle</i> Der RCDS in Bayern	39
<i>Dieter Henrich</i> Radikalität an der jungen Universität Regensburg? Die Geburtsstunde eines studentischen Mit- bestimmungsmodells	47
<i>Josef Kraus</i> Die 68er-Pädagogik und ihre Verirrungen	57
<i>Norbert A. Sklorz</i> Zwischen Rebellion und Tradition. Über das Retten von Werten und Prinzipien im irren Jahr 1968	71
<i>Sven Felix Kellerhoff</i> Hat „68“ triumphiert? Mediale Überhöhungen im Jubiläumsjahr	77

Inhalt

Heinrich Oberreuter

Die Idee von 1968. Eine Revolte, die scheiterte und
veränderte 91

Hans Maier

Was bleibt von 1968? 113

Autorenverzeichnis 135

Anhang 141

Vorwort

1968: An dieser Jahreszahl scheiden sich die Geister. Für die einen bedeutet die linke Studentenbewegung das Ende der alten Bundesrepublik hin zu einem neuen Politikverständnis, das sich in der Regierungserklärung von Willy Brandt 1969 mit „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ niederschlug. Andere sehen in der 68er-Bewegung das Auslüften und Reformieren der Universitäten: „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ – dieser Muff sollte endlich beseitigt werden. Wieder andere machen die Gründung der Kommune 1 und der antiautoritären Kinderläden sowie die Übersexualisierung der Gesellschaft für das Zusammenbrechen von Werteordnung und Sitte verantwortlich. Hinzu kam, dass führende Protagonisten der 68er nach und nach Positionen in der Gesellschaft übernahmen und bei einigen von ihnen die Anliegen der RAF auf Verständnis stießen.

Die Medien spielten und spielen eine herausragende Rolle bei der Rezeption der 68er. Die Vielzahl der Rückblicke auf die sogenannten 68er-Unruhen ist gekennzeichnet von der Verherrlichung teilweise gewaltsamer Studentenproteste, sentimentalischen Erinnerungen an radikal agierende Führungspersönlichkeiten und unkritischer Einordnung der Ziele der Hauptakteure. Fast alle Medien beteiligten sich daran.

Mit dem vorliegenden Band am Ende dieses Gedenkjahres soll ein anderer Weg beschritten werden. In ihm schreiben überwiegend Akteure der 1960er-Jahre, aus unterschiedlichen persönlichen Perspektiven. Sie waren auf der damals wenig populären konservativen Seite als Studenten und Professoren anzutreffen und übernahmen durchaus Verantwortung und

Vorwort

Gegenpositionen nach dem Motto „Reform statt Umsturz“. Sie schildern ihre eigenen Wahrnehmungen und versuchen, ihre Erfahrungen in die gesellschaftliche Entwicklung der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts einzuordnen.

Prof. Ursula Männle
Staatsministerin a. D. und
Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung

Kurt Falthhauser

1968: Was war und was bleibt

50 Jahre nach dem in vielerlei Hinsicht dramatischen Jahr 1968 kann man differenzierter, gelassener und kritischer auf das sehen, was man gemeinbin mit „Die 68er“ überschreibt. War das nur studentischer Krawall, Polit-Happening oder politische Revolution, gesellschaftlicher Umbruch? Von alledem etwas.

Was war?

Viele schreiben heute über die Zeit der 60er-Jahre mit dem Makel der späten Geburt. Das Ergebnis ist die Beweihräucherung von Führungspersönlichkeiten, allen voran Rudi Dutschkes, die Verharmlosung von Gewaltexzessen, die Verherrlichung von Despoten (Mao und Ho Chi Minh), die Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Ordnung. Von vielen Älteren wird die Zeit der 68er-Bewegung wohlwollend verklärt als konstruktiv-agitativer Teil der eigenen Jugend, als Beleg der persönlichen Protestfähigkeit.

1968: Das ist Chiffre und Verkürzung zugleich. Verkürzung im Hinblick auf das Datum: Studentischer Widerstand an deutschen Universitäten regte sich bereits in den ersten 60er-Jahren, vor allem angeregt vom Kampf amerikanischer Studenten 1964 auf dem Campus der Universität Berkeley. Der große Studentenmarsch am 17. April 1965 in Washington gegen den Vietnamkrieg war für die studentischen Agitationen in Deutschland ein entscheidendes Mobilisierungsthema. Gleichwohl ist erstaunlich, dass an deutschen Universitäten

zu sehr unterschiedlichen Jahren das Feuer des Widerstandes aufflammte: An der Technischen Universität München passierte die ganzen 60er-Jahre hindurch praktisch gar nichts – wenn man von der organisatorischen Beteiligung an der Großdemonstration am Königsplatz am 1. Juli 1965 absieht. An der Akademie der Bildenden Künste in München begann der Klamauk¹ erst 1969. An der Universität Berlin gab es bereits 1963 den Amerika-Import der „Sit-ins“, Lehrende wurden körperlich bedrängt und Dauerlärm störte die Vorlesungen. Das hat viel mit meiner persönlichen Geschichte zu tun.

Mittendrin und nicht nur dabei

1963 studierte ich in Berlin an der Freien Universität Volkswirtschaft und Politische Wissenschaft (übrigens nicht um der Bundeswehr zu entgehen; ich war wegen einer Gelbsucht vorübergehend untauglich).

1963 bereits gab es in der neurotischen, eingekesselten Hauptstadt an der FU bereits massive Behinderungen der Studiermöglichkeit. Die Zustände im Wintersemester 1963/64 haben mich damals nachhaltig gestört und letztlich politisiert. Deshalb bin ich an die Ludwig-Maximilians-Universität meiner Heimatstadt München zurückgekehrt, kandidierte im Sommersemester 1964 für den Konvent, wurde Sprecher der damaligen „Staatswissenschaftlichen Fakultät“ (Betriebswirte, Volkswirte, Soziologen, Politische Wissenschaft) und im Wintersemester 1965/66 sowie im Sommersemester 1965 Vorsitzender des AStA der LMU München.

In meiner Zeit als Studentenvertreter war die Frontstellung an der Universität klar: Auf der einen Seite organisierte sich die Linke in einer ganzen Reihe von Gruppierungen (LSD,

¹ Zu den skurrilen Aktionen an der Akademie vgl. Faltlhauser, Kurt: Bauen für die Kunst. Ein Werkstattbericht aus der Ära Stoiber, Regensburg 2013, S. 313–318.

SHB usw.). Um den Anschein breiter demokratischer Unterstützung vorzutäuschen, erfanden diese Organisationen fast täglich neue Grüppchen mit fantasievollen Namen, die dann als Verfasser von Flugblättern standen oder als Organisatoren von Veranstaltungen.

Viele dieser Flugblätter veranlassen den heutigen Leser nur zu Kopfschütteln: Elaborate aus Büchern, verquaste Theorien und seltsame Begrifflichkeiten mischten sich in den Blättern, die man damals noch mühsam „abzog“.²

Auf der Gegenseite „Konservative“, die sich in München zunächst unter dem Namen „KHG“, Katholische Hochschulgemeinde, organisierten: eine eher zufällig zusammengekommene Gemeinschaft, der die linke Agitation an der LMU nicht passte, keinesfalls eine kirchlich gesteuerte Gruppierung. Erst im Jahr 1966 gründete ich mit einigen Freunden die MSU (Münchner Studentenunion), um zu verhindern, dass man als kirchennahe katholische Kampfgruppe abgestempelt wurde. Diese konservative Seite hatte bei den Wahlen noch Übergewicht an der LMU: Bei der Wahl zum AStA-Vorsitzenden im Jahr 1964 stand mir der linksliberale Kandidat Michael Naumann – später Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland und Spitzenkandidat der SPD in Hamburg – gegenüber. Ich konnte ihn mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Konvent besiegen.

Diese konservative Dominanz begann bereits im Jahr 1966 bei der Wahl meines Nachfolgers, Helmut Gern, zu bröckeln: Am 13. Mai 1966 wurde ein liberal-linksorientierter AStA mit dem Vorsitzenden Eberhard Büssel gewählt. In dieser Zeit traten die liberalen, gemäßigten linken und extrem linken Gruppierungen unter dem Namen „Münchner Wahlgemeinschaft“ (MWG) an. In dieser Sammelbewegung war auch die Deutsch-Israelische Studiengruppe vertreten sowie die Humanistische Studentenunion.³

² Vgl. die Flugblätter im Anlagenteil der Publikation (S. 153 ff.).

³ Vgl. auch die Dokumentation von Hemler, Stefan: Von Kurt Faltlhauser

Am 1. August 1967 schied Büsser examensbedingt aus. Ihm folgte der 25-jährige Rechtsreferendar und Soziologiestudent Rolf Pohle, der damals bayerischer LSD-Landesvorsitzender war. Mit Pohle verschärfte sich der Kurs des AStA, fachliche Auseinandersetzungen wurden vermieden und nur noch öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert. Dann kam die überraschende Wende: Die MSU gewann bei den Konventswahlen die Mehrheit. „Der Eindruck, der AStA sei für ‚Krawalle‘ verantwortlich, scheint bei den Konventswahlen vom 29. 11. bis zum 5. 12. 1967 dann den entscheidenden Ausschlag zugunsten der oppositionellen Münchner Studenten-Union gegeben zu haben.“⁴ Die MSU trat mit dem Slogan auf: MSU – modern, sachlich, unabhängig. Dadurch steigerte diese Gruppierung auch die Wahlbeteiligung wieder auf 50 % und gewann die absolute Mehrheit mit 26 Mandaten.

Mitten in der Hochphase der bundesweiten Studentebewegung kam damit an der LMU wieder ein konservativer AStA ins Amt unter dem 24-jährigen Betriebswirtschaftstudenten Bernd Danschacher. Dieser Erfolg der Gruppierung MSU ist deshalb bemerkenswert, weil dieser Wahlsieg der „bürgerlichen“ Studenten in einer Zeit geschah, in der ganz Deutschland auf „linke Vorkommnisse“ in und um die Universitäten blickte: Am 2. Juni 1967 wurde beim Besuch des Schah von Persien in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen, von dem sich nach der Wende herausstellte, dass er ein Stasispitzel war. Am 26. September 1967 trat Heinrich Albertz, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, als Konsequenz der Tötung von Benno Ohnesorg zurück. Am 1. November 1967 hielt die „kritische Universität“

zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in: 1968. 30 Jahre danach (= Wissenschaft und Philosophie 17), hrsg. von Venanz Schubert, St. Ottilien 1999, S. 209–242.

⁴ Ebd.

im Audimax der Freien Universität Berlin ihre Gründungsversammlung ab. Am 9. November 1967 protestierten Studenten bei der feierlichen Rektoratsübergabe an der Hamburger Universität mit dem Transparent: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“. Und in dieser aufgeheizten Zeit gab es an der LMU München einen Schwenk hin zu den – wie wir damals sagten – „vernünftigen und reformorientierten“ Studenten. Das zeigt, dass die große Masse der Studentenschaft durchaus nicht geschlossen den linksradikalen Parolen hinterherlief, sondern sich auch abgestoßen fühlte von wirren Thesen, aggressiven Aktionen und lauten Schreiern.

Allerdings litten sowohl die KHG als auch die MSU an Personalmangel. Es fehlte an leidenschaftlichen Akteuren und überzeugenden Persönlichkeiten. Ich habe dies selbst im Jahr 1965 schmerzlich erfahren müssen, als ich allen elf Münchner CV-Verbindungen einen Besuch abstattete, um für Kandidaturen für den Konvent zu werben. Dieses Werben war mäßig erfolgreich. Vor allem aber haben diejenigen Kandidaten, die aufgrund meiner Rekrutierungsinitiative tatsächlich kandidiert haben, mehr pflichtgemäß agiert als leidenschaftlich und umsichtig. Die linksorientierten aktiven Studenten waren emotionaler und aktiver wie zum Beispiel der ideologische Kopf Rainer Jendis und der Agitator Rolf Pohle.

Reform gegen Revolution

Der bedeutendste Unterschied zwischen der Arbeit der Linken einerseits und der konservativen Studentengruppen andererseits lässt sich festmachen am Begriff des „gesamtpolitischen Mandats“. Die Linken beanspruchten, mit ihren Gruppierungen und für die gewählte Studentenvertretung alle politischen Sachverhalte zum Gegenstand ihrer Aussagen nehmen zu können: außenpolitische Fragen, innenpolitische Verhaltensweisen, Verfassungsfragen und vor allem „Systemfragen“. Damit hatten die Linken auch die mobilisierungskräftigen Themen

auf ihrer Seite: den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze, die „Große Koalition“.

Das Hauptziel unserer Arbeit, der Arbeit der „Konservativen“, war dagegen, die Anliegen der Universität und die Probleme der Studenten in der Universität zu thematisieren. Das bedeutete gleichzeitig die Ablehnung des gesamtpolitischen Anspruchs der Studentenschaft. Unsere These war: Es geht nicht um Vietnam, es geht nicht um die Notstandsgesetze, sondern um die Verbesserung der Bedingungen an den Universitäten. Die Arbeit „meines“ AStA für das Geschäftsjahr 1. April 1965 bis 1. April 1966⁵ dokumentiert, dass wir auf breiter Basis vor allem für die besseren Studienbedingungen eintraten: Wir formulierten einen eigenen Hochschulgesetzentwurf, kümmerten uns um die sozialen Belange der Studenten, protestierten gegen die Öffnungszeiten von Bibliotheken, die Enge von Vorlesungsräumen und die Höhe von Nahverkehrspreisen für Studenten.

Besonders hervorzuheben für dieses Verständnis unserer Arbeit war zum einen der sehr erfolgreiche Mensa-Boycott. Wir riefen mit Flugblättern auf, am 13. Juli 1965 nicht in die vom Studentenwerk geführte Mensa zu gehen, sondern eine „Ersatzbrotzeit“ in einer Tüte in Anspruch zu nehmen, in der Esswaren von 2,28 DM beinhaltet waren. Nur wenige Studenten gingen trotzdem in die Mensa, in der das erste Mal in der Nachkriegszeit Hühnchen angeboten wurden. Wir konnten auf dem Gelände um die beiden LMU-Brunnen an der Ludwigstraße 4.100 Portionen der Ersatzbrotzeit ausgeben.

Der zweite große Agitationstag der Konservativen war der „1. Juli 1965, der Tag des Bildungsnotstandes“. Dieser Tag war das Ergebnis eines Beschlusses des „Verbands Deutscher Studentenschaften“. Der AStA der Universität München unter meiner Führung schloss sich dem Aufruf des VDS an. Wir riefen für diesen Tag zu einer Demonstration im Lichthof der

⁵ Vgl. die Einleitung des insgesamt 18-seitigen Tätigkeitsberichtes des damaligen AStA in der Anlage (S. 142 ff.).

Universität auf, zu der weit mehr als 1.000 Studenten kamen.⁶ Bei dieser Demonstration habe ich auch jene 10 Punkte vorgetragen, die der VDS für diesen Tag beschlossen hatte. Natürlich sind unter diesen 10 Punkten auch solche, die nicht deckungsgleich sind mit meinen damaligen und heutigen Grundauffassungen (zum Beispiel: „Differenzierte Einheitschule“). Insgesamt war jedoch bedeutsam, dass dieser Tag sich auf das richtete, was von den konservativen Studenten vor allem gewollt war: Die Bildungspolitik stärker in den Fokus zu rücken.

Ursachen

Zu den Ursachen der 68er-Bewegung will ich drei herausgreifen:

- die restaurative Nachkriegszeit,
- Vorgänge der nationalen und internationalen Politik,
- Defizite der Hochschulpolitik.

Bei der Nennung der Ursachen für die Bewegungen in den 60er-Jahren gibt es in einem Punkt weitgehende Übereinstimmung, nämlich im restaurativen Charakter der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Ich bin in die 50er-Jahre hineingewachsen und kann aus einem distanzierten Rückblick bestätigen, dass die 50er-Jahre zwar vordergründig geprägt waren von Konsumwellen (Fresswelle, Reisewelle und Bauwelle), der gesellschaftliche Habitus jedoch verklemmt, statisch, obrigkeitshörig und wenig emanzipiert war. Dazu einige Beispiele:

- Typisch für die Filme der 50er-Jahre war ein klares Hierarchieschema: der Herr Direktor, der von den untergebenen

⁶ Siehe Cover-Bild dieses Buches. Siehe auch in der Anlage meine Rede, in der die bildungspolitische Situation zu dieser Zeit kurz aufgezeigt wird.

Sekretärinnen im Schreibsaal verehrt wird; der Herr Graf, der huldvoll mit den Bürgerlichen umgeht; der Firmeninhaber mit dicker Zigarre und dickem schwarzen Mercedes.

- Am Sonntag ging man mit Krawatte und Hut in die Kirche – auch für mich ein ständiger Kampf mit meinem Vater.
- Bei den Veröffentlichungen in den Klassenlisten in den Schulen wurde auch der Beruf des Vaters hinzugefügt. Bei den Kriegerwitwen stand hinter der Zeile „Beruf des Vaters“ ein Strich. Und selbstverständlich wurde der Vater Universitätsprofessor besonders vom Schuldirektor hofiert.
- Die NS-Vergangenheit wurde weitgehend verdrängt. Auch mein Erleben war, dass mein Vater über seine Zeit unter Hitler kaum reden wollte und auswich. Dasselbe weiß ich von vielen meiner Klassenkameraden. Unser Hausarzt war der in Landsberg tätige NS-Arzt Eisele, der erst durch das Buch „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon als derjenige Arzt aufgedeckt wurde, der verantwortlich für die Versuche an Menschen in Landsberg war. Nach der Kogon-Veröffentlichung gelang es Eisele, mit Hilfe einer Tarnorganisation nach Ägypten zu fliehen. Zu politischen Grundsatzdiskussionen hat dieser Vorgang selbst in meiner Familie nicht geführt.

Die 68er-Bewegung war vor diesem Hintergrund auch ein Protest gegen die Verdrängung und das Verschweigen, eine Forderung nach offenerer und demokratischerer Diskussion. Beate Schauppach beschreibt das in ihrem Vortrag auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing am 13. Juli 2008 wie folgt: „Es war das Gegenbild des Aufbruchs der 68er: das als eng und miesig empfundene Familienleben der Nachkriegszeit und des Wirtschaftswunders. Hier wuchsen die 68er heran. Diese Zeit blieb einer ihrer wichtigsten Referenzpunkte. Ihr Protest galt der patriarchalischen und hierarchischen Gesellschaft und Familienstruktur, den Restaurationsbestrebungen und dem Statusstreben, den rigiden Moralvorstellungen und

der Verdrängung der NS-Vergangenheit. Dieses Feindbild wurde Teil ihrer Revolutionsrhetorik und hat das Image der 1950er-Jahre lange Zeit geprägt – auch eine nicht zu unterschätzende lange Wirkung.“ Dieser Beschreibung habe ich nichts hinzuzufügen. In diesem Punkt der Ursachenanalyse sehe ich zwischen konservativen und linken Gruppierungen keinen Unterschied.

Wie Stilfragen sich im Laufe der Studentenproteste änderten, belegt das berühmte Bild aus der Hamburger Universität anlässlich der Rektoratsübergabe am 9. November 1967, bei dem zwei Studenten das Transparent tragen mit der Inschrift: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“. Die beiden demonstrierenden Studenten trugen sehr ordentliche Anzüge mit Krawatte. Ein oder zwei Jahre später war ein derartiger Aufzug von Protestierenden undenkbar.

Defizite der Politik

CDU und CSU signalisierten bei ihren Wahlkämpfen 1963 mit dem Slogan „Keine Experimente“, dass der programmatische Stillstand Grundlage des politischen Handelns war. Das war für junge Leute Herausforderung und Provokation. Aber nicht nur diese innenpolitischen Signale waren problematisch, sondern auch die Außenpolitik. Das zentrale Mobilisierungsthema war nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland der Vietnamkrieg.

Ich bin heute fest davon überzeugt, dass die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum Vietnamkrieg falsch war. Der Vietnamkrieg war ein kapitaler Fehler der Vereinigten Staaten, ein unmenschlicher Krieg, der für die USA – das kann ein Besuch in Vietnam offenlegen – nicht zu gewinnen war.

Trotz der großen Fragwürdigkeit des Vietnamkrieges haben wir, die konservativen Gruppierungen, nicht mitgewirkt bei Vietnamprotesten. Über Podiumsdiskussionen zu diesem

Thema sind wir nicht hinausgekommen. Die Vietnam-Demonstrationen waren für uns ein Angriff auf die Politik unseres wichtigsten Partners. Und gleichzeitig hätten wir durch eine Mitwirkung bei Vietnam-Demos unsere Linie der Ablehnung des „gesamtpolitischen Mandates“ verlassen. Heute würde ich mich sicher nicht in die Reihen von LSD und SHB unterhaken, aber protestieren würde ich gleichwohl gegen die unsägliche Barbarei in Vietnam.

Ein weiterer Anstoß zu Aufregung, Agitation und Widerstand war in den 65/66er-Jahren die Große Koalition. Hier habe ich persönlich beim Protest mitgewirkt. Im „English Debating Club“, der damals an der LMU wirkte, habe ich zum Beispiel einen Österreicher gemimt, der die vermeintlichen Vorteile einer Großen Koalition anpries: „Mehr Posten, kommode Politik, wenig Widerstand“.

Defizite der Hochschulpolitik

Wichtig waren auch Defizite in der Hochschulpolitik. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich 1965 bei Ludwig Huber auf seiner Couch in seinem Fraktionsbüro⁷ saß, um ihn zu bitten, Hauptredner bei unserem „1. Juli-Protest“ zu werden. Das hätte aber nur Sinn gemacht, wenn er auch entsprechende Zukunftsperspektiven eröffnet hätte. Dazu war er jedoch nicht bereit und konsequenterweise hat er auch meiner Rednerbitte nicht entsprochen. Die notwendigen Wachstumsraten an Investitionen für die Universitäten kamen zwei, drei Jahre später, nachdem die radikalen Linken die Universität München von der Studentenseite her beherrschten. Durch den flächendeckenden Druck der Linken hat man die Haushaltskonsequenzen zugestanden, nicht aber durch das Bitten der gemäßigten Studenten! Deshalb kämpften die konservativen

⁷ Ludwig Huber war damals sowohl Kultusminister als auch Fraktionsvorsitzender. Seltsame Zeiten!

Studenten damals auch auf verlorenem Posten, wenn sie die Studienbedingungen in den Mittelpunkt ihrer Argumentation rücken wollten, um dem „gesamtpolitischen Mandat“ der Studentenvertretung die Spitze zu nehmen. Wir führten einen Zwei-Fronten-Krieg: gegen die linken Studenten an der Uni und gegen die eigene Regierung in Hochschulfragen. Das war frustrierend.

Zum Versagen der Politik kam das Versagen gesellschaftlicher Gruppen. Dazu gehörte auch mein konservativer Studentenbund, der CV. Dies hatte Franz Josef Strauß bereits früh erkannt. Strauß, Ehrenphilister der Tuiskonia München, hatte als Festredner im Dezember 1967 vor 800 Kommersteilnehmern scharf formuliert: „Wo bleibt angesichts dieser Situation ein überzeugender und Aufsehen erregender Beitrag der konfessionellen Studentenverbände zu Fragen des Hochschulausbaus und der Hochschulreform? Merken Sie nicht, wie Sie sich vor der studentischen Öffentlichkeit – soweit diese Sie noch bemerken kann – regelrecht lächerlich machen?“

Zu den großen politischen Themen, die sich für Kritik und Protest sehr geeignet hätten, zählte die Niederwalzung des „Prager Frühlings“ durch sowjetische Panzer. Aber da fand auf deutschen Straßen wenig statt. Dahinter verbirgt sich ein zweiseitiges Versagen: Auf der einen Seite versagte auf dramatische Weise diejenige Linke, die beim Vietnam-Thema so lautstark auf die Straße ging. Die Gruppierungen, die ständig von der Erneuerung der Demokratie redeten, blieben weitgehend stumm angesichts der Zerstörung aller demokratischen Hoffnungen im sogenannten Ostblock. Der SDS hatte den Reformern in Prag einen Besuch abgestattet, kehrte aber mit dem Resümee in die Bundesrepublik zurück, dass man sich über grundsätzliche Fragen nicht einig war. Logisch, denn die Bundes-Linken träumten nicht von freiheitlicher demokratischer Ordnung, sondern von der Diktatur des Proletariats. Die kleinen roten Mao-Bibeln, die immer wieder bei Demonstrationen in den Himmel gestreckt wurden, sind ein Zeichen dieser ideologischen Verbohrtheit und Fehlleitung.

Zum politischen Versagen gehört aber auch, dass die konservative Seite den unglaublichen Vorgang der Niederwalzung des Prager Frühlings nicht instrumentalisieren konnte. Natürlich war es zunächst ein politisches Versagen der gesamten Linken, von den radikalen, militanten Studenten bis zu den linksliberalen Zeitungen, dass das zentrale Ereignis des Jahres 1968, der Einmarsch der sowjetischen Truppe am 21. August 1968 in Prag, nicht wirklich zum Anlass genommen wurde, jede kommunistische Agitation in der Bundesrepublik Deutschland niederzuschreiben. Der Protest gegen den Vietnamkrieg blieb, der Protest gegen den Prager Einmarsch aber blieb aus. Das war ein dramatisches Versagen der Linken in der Bundesrepublik, aber auch ein Versagen der Konservativen, die eine derartige Situation nicht nutzten.⁸ Die konservativen Studenten haben es 1968 nicht verstanden, die strategische Grundsatzentscheidung zu treffen, die Enthaltensamkeit gegenüber „gesamtpolitischen“ Themen zu beenden. Die konservativen Studenten hätten das Thema, dass vor der deutschen Haustüre, im Zentrum Europas, im goldenen Prag, eine Bewegung im Geiste der westlichen Demokratien mit Waffengewalt beendet wird, zu ihrem Hauptthema und zum zentralen Agitationsinhalt machen müssen. So hätte man die verquasteten, verfassungswidrigen Vorstellungen zur demokratischen Ordnung der gesamten linken Universitätsfront bloßstellen können. Die konservativen Gruppen haben das aber nur in Ansätzen versucht. Es fehlten wohl die politisch denkenden Führungskräfte.

⁸ Vgl. auch Faltlhauser, Kurt: Die 68er-Bewegung. Persönliche und gesellschaftliche Wirkungen, in: Politische Studien 422/2008, S. 24–32.